

# Volkstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

Die „Volkstimme“ erscheint an jedem Dinstag abends. — Verantwortlich Paul Ebermann, für Anzeigen W. Lindau, Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Schmidt in Magdeburg, Große Mühlstraße 8. Fernruf Nr. 28861. Postzeitungsliste Seite 120. — Bezugspreis: Monatlich 1,85 Mk., frei Haus 2,10 Mk., Einzelpreis 15 Pf., Sonntags 20 Pf. — Anzeigenpreise 1 mm Höhe und 27 mm Breite lokal 18 Pf., auswärts 15 Pf. Familienanzeigen und Stellengesuche 8 Pf., Reklame 1 mm Höhe und wenn nicht binnen 14 Tagen nach Rechnungs-Ausschlag. — Für Erhalten der Anzeigen an Plagiatoren unerbittlich. — Erfüllungsort Magdeburg.

Nr. 216

Magdeburg, Dienstag, den 13. September 1932

43. Jahrgang

## An das deutsche Volk!

### Der Reichstag ist aufgelöst! Sozialdemokratie ruft zum Kampfe gegen Lohnraub und Entrechtung!

Die Reichsregierung hat den eben erst gewählten Reichstag in dem Augenblick aufgelöst, als er mit der ungeheuren Mehrheit von 513 gegen 52 Stimmen ihr das Mißtrauen aussprach und ihre Notverordnung aufhob.

**Die Regierung Papen hat mit dieser Auflösung bewiesen, daß sie sich gegen den Volkswillen an der Macht halten will.**

Sie hat damit gegen den Sinn des Artikels 1 der Reichsverfassung verstoßen: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Wie konnte die Regierung einer kleinen Herrschaft es wagen, sich über den Volkswillen, über eine so ungeheure Parlamentsmehrheit hinwegzusetzen? Ein solches Spiel wäre unmöglich gewesen, wenn die Regierung einer geschlossenen Parlamentsmehrheit von überzeugten Anhängern der Demokratie gegenüber gestanden hätte.

**Solange es eine solche Mehrheit unter Führung der Sozialdemokratischen Partei gegeben hat, konnte keine Regierung einen solchen Konflikt mit dem Volkswillen wagen.**

Anders bei der jetzigen Mehrheit des Reichstags. Mehr als drei Fünftel der Abgeordneten, die gegen Papen gestimmt haben, sind selbst Anhänger der Diktatur, verachten grundsätzlich den Willen der Volksmehrheit. Nur aus Zweckmäßigkeitgründen heucheln sie jetzt Verfassungstreue. Die 230 Nationalsozialisten haben nicht gegen die Regierung Papen gestimmt, um gegen das selbstherrliche Regiment des Herrenklubs das Volk wieder in seine Rechte einzusetzen.

**Sie wollen an Stelle der Diktatur Papen-Schleicher, die Diktatur Hitler setzen.**

Sie wollen das Volk vom Regen unter die Traufe bringen. Aber die Ohnmacht des Reichstags, die augenblickliche Macht der Papendiktatur, sind nicht nur das Werk der Nationalsozialisten allein.

**Schulter an Schulter mit ihnen haben die Kommunisten stets die Demokratie bekämpft und die Diktatur an ihre Stelle setzen wollen.**

Deutsches Volk, jetzt erfährst du, wohin es führt, wenn du einen Reichstag wählst, der in seiner Mehrheit aus Gegnern des Parlaments besteht. Dadurch wird der Reichstag zur Ohnmacht verurteilt. Nur so konnte die Selbstherrlichkeit Papen-Schleicher zur Tatsache werden.

Eitel Spiegelfechterei ist es, wenn die Nationalsozialisten jetzt so tun, als wollten sie den Kampf für die Rechte des Reichstags und des Volkes gegen die Regierung aufnehmen. Die gleichen Nationalsozialisten haben länger als ein Jahrzehnt gegen „das System“ getobt, haben unzählige Male geschworen, die Demokratie mit Stumpf und Stiel auszurotten.

**Ein Narr, der glaubt, daß Hitler und seine Partei zum Schutz des bedrohten Parlaments den Kampf führen!**

Das Volk durchschaut dieses Spiel und wird sich im Kampf gegen die Papenregierung nicht zum Vorspann einer Hitlerdiktatur hergeben. Hitler und Göring haben selber die Regierung Papen in den Sattel gehoben, und all ihr jetziges Toben gegen diese Regierung wäscht die geschichtliche Schuld von ihnen nicht ab.

„Auf unserm breiten Rücken sind die feinen Herren behende in die Amtlichkeit geklettert“, so hat wenige Tage vor der Reichstagsauflösung Joseph Goebbels im „Angriff“ geschrieben. Meint ihr, die feinen Herren, die Papen-Schleicher, hätten den breiten Rücken der Nazis hinaufklettern können, wenn diese ihn nicht geduldig hingehalten hätten?

Hitler selber hat ja am 8. September 1932 in München erklärt: „Die Nationalsozialistische Partei hat sich gegen die Regierung Papen so lange neutral verhalten, solange ich mich neutral verhalten habe.“

So gesteht Hitler die Tolerierung Papens ein.

**Ohne Hitler kein Papen.**

Der Abgeordnete Kube, der Führer der Nationalsozialisten im Preussischen Landtag, hat am 30. August dort erklärt, daß ohne die Vorarbeit Adolf Hitlers die Regierung Papen nicht an der Macht wäre. Die Reichsregierung selbst hat sich in einer amtlichen Erklärung auf die Zusagen Adolf Hitlers berufen.

**Im ihrem lauten Geschrei wollen die Nationalsozialisten nur verschleiern, daß sie die Regierung der**

**Weg deshalb mit jeder Diktatur, weg mit Papen, weg mit Hitler!**  
**Wir führen den Kampf für die Freiheit, den Kampf für den Aufstieg der arbeitenden Massen. Gegen das Reich der Reichen, für ein Vaterland der Armen, für ein freies Deutschland, für Demokratie und Sozialismus.**

Berlin, den 12. September 1932.

**Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.**

**Barone in den Sattel gehoben haben und voll mit verantwortlich sind für alle Maßnahmen, für Todes- und Zuchthausverordnungen, für Rentenkürzungen und Lohndruck.**

Durch ihre Hetze gegen Demokratie und Marxismus hat die Hitler-Partei lediglich die finsternste Reaktion, die nackteste Kapitalherrschaft an die Macht gebracht. Für den Sieg des Kapitalismus haben die braunen Horden Hitlers unzählige Arbeiter getötet, Gewerkschaftshäuser gestürmt, Konsumvereinskläden demoliert.

**Um zur Macht zu gelangen, haben die Nationalsozialisten geduldet, daß die Papenregierung die Unterstützungen der Sozialrentner, der Kriegsoffer und der Arbeitslosen in der brutalsten Weise kürzte.**

Sie hätten auch den Angriff auf die Löhne und das Tarifrecht geduldet, wenn nicht ihr Bestreben, in den Alleinbesitz der Macht zu gelangen, gescheitert wäre. Nur weil Hitler nicht Reichskanzler wurde, begannen sie den Angriff auf die Regierung Papen.

**Das Kapital sieht jetzt den Zweck erfüllt, für den es die Hitlerpartei finanziert hat.**

Durch seine Hetze gegen die Marxisten hat Hitler es den Kapitalisten ermöglicht, ihre wirtschaftlichen Forderungen gegen die Arbeiter durchzusetzen.

Nun mag der treue Kapitalknecht Hitler den Platz frei machen für Höhergeborene. Man bedarf seiner nicht mehr. Das Volk aber erkennt jetzt:

**Solange die Sozialdemokratie die stärkste Partei im Reichstag war, konnte der Kapitalismus die Grundrechte der Arbeiterklasse nicht antasten.**

Jetzt, wo die Nationalsozialisten die stärkste Partei geworden sind, sind 230 nationalsozialistische Abgeordnete kein Hindernis für das Scharfmachertum, die Interessen des Proletariats mit Füßen zu treten.

**Getreu ihrer geschichtlichen Aufgabe stellt sich die Sozialdemokratie wieder an die Spitze im Kampf**

um die politische Freiheit und um seine sozialen Grundrechte. Sie ruft zur sozialistischen Offensive: Ueberwindung der Krise nicht durch Lohnabbau und Geschenke an die Privatwirtschaft, sondern durch sozialistischen Aufbau einer planmäßig geleiteten Wirtschaft. Die Anträge, die die Sozialdemokratie im aufgelösten Reichstag gestellt hat, zeigen den Weg. Sie fordern

**Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, der Großbanken sowie aller staatlich subventionierten Betriebe.**

Die Sozialdemokratie führt den schärfsten Abwehrkampf gegen die wirtschaftliche Verelendung der Arbeiterklasse, die durch die jüngsten Notverordnungen auf die Spitze getrieben wird. Sie richtet ihren Hauptstoß gegen den Lohnabbau und die Bedrohung des Arbeitsrechtes.

**Sie ruft zum Volksentscheid auf, um mit dieser Waffe die Beseitigung der sozialpolitischen Maßnahmen der Notverordnung zu erzwingen.**

Das ganze Volk soll sprechen, unmittelbar und unmißverständlich. An der Wucht dieser Entscheidung soll der Versuch der Sozialreaktion zerschellen.

Die Diktatur von rechts kann aber nur geschlagen werden, wenn die ganze Arbeiterklasse entschlossen ist, den Kampfboden der Demokratie zu behaupten und sich nicht den Diktaturillusionen von links hinzugeben.

**Nur weil ein Teil der Arbeiterklasse vom gemeinsamen Kampf abgespalten ist, konnte die Reaktion in Deutschland zu ihrer jetzigen Macht erstarken.**

Als Hüterin der wirtschaftlichen und politischen Rechte der arbeitenden Massen ruft die Sozialdemokratie das ganze deutsche Volk zum entscheidenden Kampf gegen politische Diktatur und wirtschaftliche Versklavung. Ebenso wie politische Freiheit mit sozialem Fortschritt verbunden ist, ist Diktatur unlöslich verknüpft mit sozialer Reaktion.



Sie bilden mit den Nazis zusammen die Mehrheit. Was wird das Zentrum tun?

Eine halbe Stunde später werden alle Fragen beantwortet. Die Verlesung der Sitzung wird von Göring abgelesen. Später auch die angekündigte Sitzung des Plenums. Göring und seine Begleiter schüben nicht mehr die Volksrechte, wie er grobherzig verkündet. Die Nazis kniefen.

Die Sozialdemokratie aber leitet einen Volksentscheid ein, um die Notverordnung vom 6. September aufzuheben. Sie ruft das Volk zur Entscheidung auf, auch wenn es keine Reichstagswahl in verfassungsmäßiger Frist geben sollte. —

## Die Auflösungsorder

Die Order, mit der der Reichstag aufgelöst worden ist, hat folgenden Wortlaut:

Auf Grund des Art. 25 der Reichsverfassung löse ich den Reichstag auf, weil die Gefahr besteht, daß der Reichstag die Aufhebung meiner Verordnung vom 4. September verlangt.

Berlin, den 12. September 1932.

gez.: Der Reichspräsident v. Hindenburg.

gez.: Der Reichskanzler v. Papen.

gez.: Der Reichsminister des Innern v. Gahl.

## Nach der Auflösung

### Löbe beruft den Ueberwachungsausschuß ein

Als Mitglied des Reichstags und zugleich als Vorsitzender des Ueberwachungsausschusses des Reichstags hat der sozialdemokratische Abgeordnete Löbe folgenden Brief an den Reichspräsidenten Göring gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Präsident! Die sozialdemokratischen Mitglieder des Reichstags nehmen an der von Ihnen einberufenen Reichstagsitzung nicht mehr teil, da der Reichstag durch die Auflösung des Reichstags mit betroffen worden ist.

Die staatsrechtlichen Fragen, die in Ihrer Schlussansprache aufgeworfen wurden, gehören vor den Ausschuß zur Wahrung der Rechte des Parlaments, der von der Auflösung nicht betroffen wird. Als Vorsitzender berufe ich diesen Ausschuß ein und werde den Zeitpunkt der Sitzung noch heute bekanntgeben.

Mit vorzüglicher Hochachtung gez. Löbe.“

### Die ständigen Ausschüsse tagen!

Der Ausschuß zur Wahrung der Rechte des Reichstags, der sogenannte Ueberwachungsausschuß, ist von seinem Vorsitzenden, dem Sozialdemokraten Paul Löbe, auf heute Dienstag vormittag 11 Uhr einberufen. Er wird sich mit der staatsrechtlichen Lage beschäftigen, die durch die Ereignisse des gestrigen Tages geschaffen worden ist, insbesondere mit der Frage des Wahltermins.

Auf 3 Uhr nachmittags ist auch der Auswärtige Ausschuß von seinem Vorsitzenden Frick einberufen. Tagesordnung: Laufanne und Abrüstung.

Die Regierung hat erklärt, daß sie in beiden Ausschüssen die verfassungsmäßig auch nach der Auflösung weiterbestehen, vertreten sein wird.

### Keine Reichstagsitzung mehr

Die für Montag nachmittags 5 Uhr in Aussicht genommene Sitzung des Reichstags ist abgefallen. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Reichstags hätten sich an dieser Sitzung nicht beteiligt, weil sie die Auflösung des Reichstags durch eine Rüge der Verfassung nicht legitimiert ist, diesen Streit beim Reichsgericht zu führen. Die Länder werden den Streit dahin präzisieren, ob eine gestürzte Reichsregierung überhaupt durch Gegenzeichnung einen Reichstag auflösen kann. Die Frage, ob der Reichstag vor der Abstimmung bereits aufgelöst war, verneine ich auf das entschiedenste. Fest steht, wie immer auch das Reichsgericht entscheiden mag, daß die Abstimmung unter allen Umständen zu Recht besteht, daß das Kabinett Papen mit erdrückender Mehrheit gestürzt worden ist. Ich werde nun zunächst mit den Parteiführern darüber konferieren, welche Schritte weiterhin zu unternehmen sind.

Bis zur Entscheidung des Staatsgerichtshofs werde ich Amtshandlungen des Reichstags,

### Göring auf dem Rückzug

Reichspräsident Göring gab der Presse eine Erklärung in der er sagte:

Ich habe die Mitteilung erhalten, daß Länderregierungen die Absicht haben, augenblicklich und unverzüglich beim Staatsgerichtshof eine Entscheidung und ein stweilige Verfügung herbeizuführen, da sie legitimiert sind, während der Reichstag durch eine Rüge der Verfassung nicht legitimiert ist, diesen Streit beim Reichsgericht zu führen. Die Länder werden den Streit dahin präzisieren, ob eine gestürzte Reichsregierung überhaupt durch Gegenzeichnung einen Reichstag auflösen kann. Die Frage, ob der Reichstag vor der Abstimmung bereits aufgelöst war, verneine ich auf das entschiedenste. Fest steht, wie immer auch das Reichsgericht entscheiden mag, daß die Abstimmung unter allen Umständen zu Recht besteht, daß das Kabinett Papen mit erdrückender Mehrheit gestürzt worden ist. Ich werde nun zunächst mit den Parteiführern darüber konferieren, welche Schritte weiterhin zu unternehmen sind.

Bis zur Entscheidung des Staatsgerichtshofs werde ich Amtshandlungen des Reichstags,

lebhaft, daß ein ehemaliger Kollege, der viele Jahre lang an unserem Theater als Künstler tätig war, so wenig Takt- und Verantwortungsfähigkeit besitzt und seine derzeitige neue Stellung als Theaterkritiker dazu benützt, unser im schwersten Existenzkampf befindliches Theater durch solche ungezügelter Auslassungen auf das empfindlichste zu gefährden. Es muß als ein Zeichen mangelnden Anstandes angesehen werden, daß ein noch vor wenigen Wochen selbst zum Bau gehörender Künstler so rasch die innere Beziehung zu seiner früheren Wirkungsstätte und seinen Kollegen verliert und sich plötzlich hemmungslos als Scharfrichter über den Betrieb, die Leitung und seine Kollegen aufspielt, und dies in einer Weise, die im ganzen deutschen Theaterleben wohl einzig dastehen dürfte.

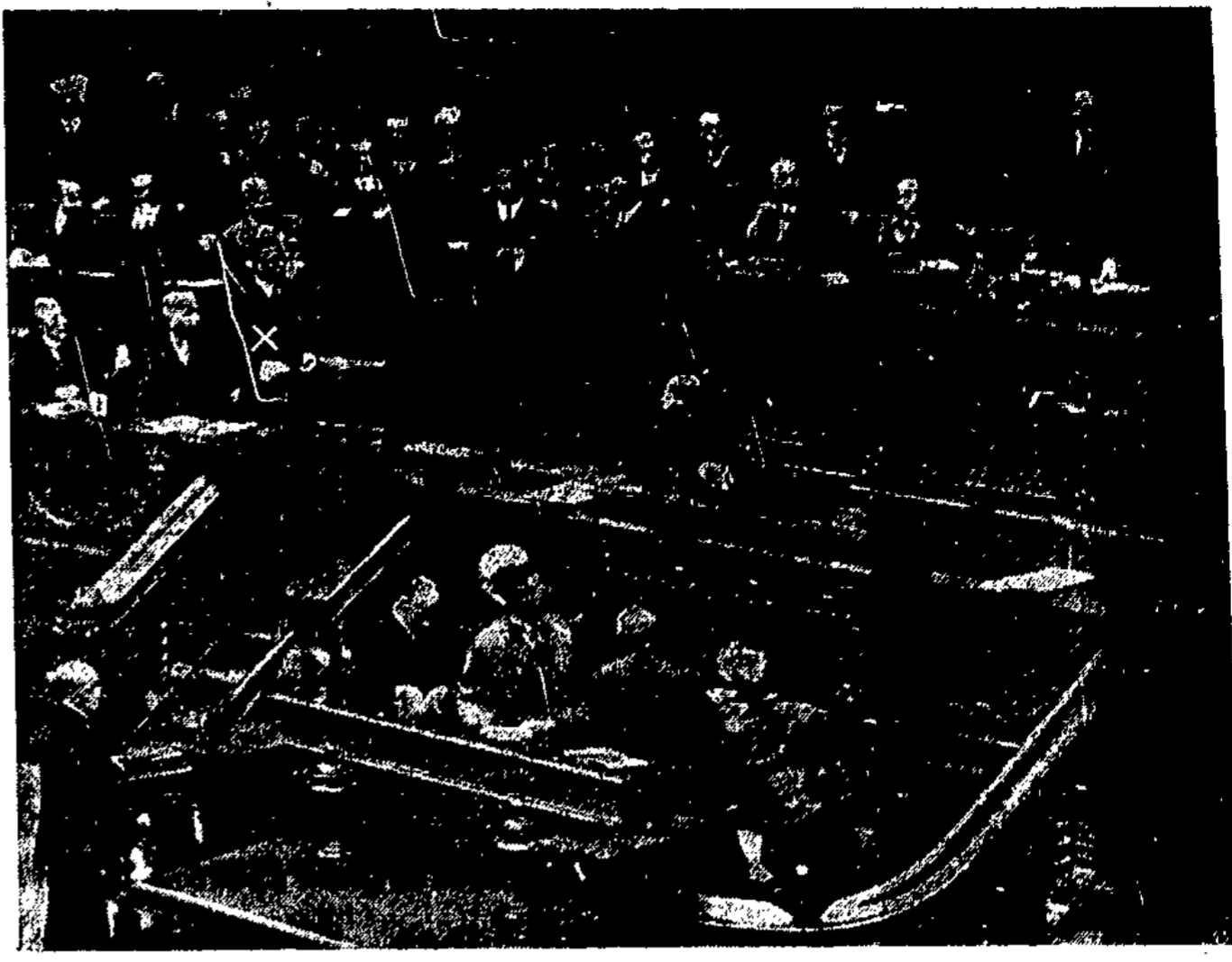
Zu einem Zeitpunkt, in dem der Magistrat, die Leitung, die Künstler und das gesamte technische und Arbeiterpersonal — vom ersten bis zum letzten — unter größten Opfern, Mühen und Anstrengungen, unterstützt von der gesamten Magdeburger Presse, nur von dem einen Gedanken geleitet werden, das Theater zu retten und der Stadt Magdeburg ihre Kulturstätte zu erhalten, bleibt es dem ehemaligen Kollegen Walter Krause als einzigem Vorbehalt, dieser Geschlossenheit aus Kleinlichen, egoistischen Motiven in den Rücken zu fallen.

Herr Walter Krause, der sich als „hartgekämmertes Parteipolitiker aus weltanschaulicher Gesinnungsüberzeugung“ berufen fühlt, gegen das Wirken des derzeitigen Leiters unsers Theaters Sturm zu laufen, hat es noch vor kurzer Zeit mit seinem Gewissen sehr gut vereinbaren können, als Herrn Intendanten Göthe als interimsweise anzubieten. Die Auslassungen des Herrn Krause richten sich also selbst.

Die Unterzeichneten, die das Vertrauen des gesamten Personals genießen und die Mitverantwortung zu tragen haben für die an den städtischen Bühnen tätigen 350 Menschen, werden es nicht dulden, daß Herr Krause auf Kosten unsers Theaters und der Kollegenschaft sich ungehemmt auslebt und mit einem Nimbus zu umgeben sucht, zu dem ihm jegliche innere Berechtigung fehlt.

Wir stellen es stets für unsre höchste Pflicht und vornehmste Aufgabe, den politischen Kampf und Tagesstreit vom Theater fernzuhalten. Die zu erfüllenden Aufgaben des Theaters stehen über dem Parteihader. Das Theater gehört allen Schichten der Bevölkerung, und wir haben lediglich die Aufgabe, mit voller Hingabe, durchdrungen vom höchsten Ernst, treue Diener der Kunst zu sein. Sämtliche Vertrauensleute der städtischen Bühnen Magdeburgs.

## Der Konflikt im Reichstag beginnt



## Reichskanzler v. Papen X meldet sich zum Wort

Soweit es sich nicht um die fortbestehenden Ausschüsse handelt, unterlassen.

### Hochbetrieb im Reichstagsgebäude

Im Reichstag herrscht am heutigen Dienstagvormittag reger Betrieb, da ein großer Teil der Abgeordneten wieder im Reichstag erschienen war, um entweder an Fraktions- oder Ausschusssitzungen teilzunehmen.

Die sozialdemokratische Fraktion trat bereits um 10 Uhr zusammen, um sich mit den gestrigen Vorgängen und den heutigen Ausschusssitzungen zu befassen. Die Deutschnationalen haben für 11 1/2 Uhr eine Fraktionsitzung im Preussischen Landtag anberaunt. Der Ueberwachungsausschuß ist für 11 Uhr vormittags einberufen, der Auswärtige Ausschuß für 3 Uhr nachmittags.

Auf der Tagesordnung der Sitzung des Ueberwachungsausschusses des Reichstags steht der staatsrechtliche Konflikt mit der Reichsregierung. Reichsinnenminister und Reichsjustizminister wollen an der Sitzung teilnehmen und die Auffassung der Reichsregierung zu den verfassungsrechtlichen Streitfragen darlegen. —

## Nazi-Frick rettete Papen

Es besteht heute kein Zweifel mehr darüber, daß die halbe Stunde in der Montagssitzung des Reichstags, die von dem nationalsozialistischen Abgeordneten Frick zur Vertagung des Reichstags beantragt wurde, die Regierung Papen gerettet hat.

Wäre die Entscheidung ohne diese Vertagung sofort gefallen, so wären die Beschlüsse des Reichstags durch keine Ueberreichung des Auflösungsdekrets unterbrochen worden. Es steht fest, daß die Regierung selbst mit der Möglichkeit einer derartigen Auflösung nicht gerechnet hat. Das ergibt sich unter anderem auch aus dem Auflösungsdekret selbst, das in seinem Datum als Ort der Handlung nach Neudorf bezeichnet. Die Regierung hat dieses angebliche Neudorf gestrichen und durch „Berlin, den 12. September, ersetzt.“

Die Gele der Handlung ergibt sich zugleich daraus, daß weder Herr v. Papen noch der Reichsinnenminister als Gegenzeichner das Dekret mit vollem Namen unterschrieben haben. —

## Wann Neuwahl?

Als Termin für die Neuwahlen ist mit dem 13. November zu rechnen. Immerhin hat die Papen-Regierung vorläufig die Absicht, den Termin nicht offiziell zu nennen bzw. die Wahlen nicht offiziell auszusprechen.

Sie macht die offizielle Kennung des Termins von der „Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung“ in den nächsten Wochen abhängig. —

## Auf, in den Kampf!

Ueberraschend schnell und unter eigenartigen Umständen ist der Reichstag am Montag eine gute Stunde nach seinem Zusammentritt durch Verordnung des Reichspräsidenten aufgelöst worden. Da die Nationalsozialisten nach ihrer ersten Verblüffung schon dabei sind, sich als die Helden im Kampfe gegen die Regierung der Adligen aufzuspielen, sei hier vorweg gesagt, daß die Auflösung sehr gegen den Willen der Nationalsozialisten erfolgt ist. Sie haben in wochenlangen Verhandlungen mit dem von ihnen vorher so arg verlästerten Zentrum Zugeständnisse über Zugeständnisse gemacht und ihre gesamte scheinrevolutionäre Phrasologie über Bord geworfen. Sie haben den Schwarzen in die Hand geschworen, von nun an artige Kinder und verfassungstreu zu sein. Alles nur, um der drohenden Reichstagsauflösung aus dem Wege zu gehen.

Und nun sind sie durch ihre Unzulänglichkeit der Demagogie der Deutschnationalen aufgelesen, die eben gerisseneren Parlamentarier sind und den Reichstag auf längere Zeit gern ausgehakt wissen wollen. Die Nationalsozialisten haben ein mehr als naives Vertrauen darauf, daß die Eugenberger bei sofortiger Abstimmung über den kommunistischen Antrag, der Reichsregierung das Mißtrauen auszusprechen und die letzte Notverordnung aufzuheben, widersprechen würden. Aber Eugenberger winkte ab, und der Konflikt, der nun zur Auflösung führen mußte, war da.

Die Furcht vor der Volksvertretung beherrscht die Regierung Papen ebenso stark, wie die Nazis von der Furcht vor der Volksabrechnung selbst beherrscht werden. Darum der

Wettlauf des Reichskanzlers an sein Ziel, den Inhalt der roten Auflösungsmappe, die Urkunde des Reichspräsidenten, bei dem Reichstagspräsidenten zu deponieren, ehe das Parlament zu einer Abstimmung kommen konnte.

Der Reichstag ist aufgelöst. Darüber herrscht juristisch kein Zweifel. Die Sozialdemokratie tut recht daran, sich an einem Komödienstück der Nationalsozialisten, die mit den Zwirnsfäden parlamentarischer Geschäftsordnung ein weltgeschichtliches Ringen aufhalten wollen, nicht zu beteiligen. Wir gehen ins Volk und kämpfen, auf die Volksmassen gestützt, um die Wiederherstellung der Demokratie, deren Sinn und Geist von dieser Herren-Regierung Papen und Konforten stündlich verkehrt wird.

Dieser zweite und letzte Tag des am 31. Juli gewählten Parlaments war lehrreich genug. Er bot den überfüllten Tribünen und der dicht besetzten Diplomatenloge, in der auch der französische Botschafter Boncet und sein englischer Kollege Kumbold saßen, ein Bild der zerrissenen und verworrenen Zustände in Deutschland. Der Bericht ist an anderer Stelle dieses Blattes nachzulesen.

Die Reichstagsauflösung ist da. Wir fürchten, im Gegensatz zu den Nationalsozialisten, die nun aufstimmende neue Volksbewegung nicht. Wir rufen das ganze deutsche Arbeitervolk in Stadt und Land zum Kampf auf. Was Nazisiege bedeuten, ist nun allgemein sichtbar: Verschlechterung der Wirtschaftslage, immer größere Verelendung der Volksmassen, Aufschaltung der Volksrechte, diktatorische Herrenregierung, außenpolitische Isolierung Deutschlands, Katastrophenpolitik auf der ganzen Linie.

Die Nationalsozialisten sind politisch und wirtschaftlich ohnmächtig und unfähig. Sie sind nur Schrittmacher hochkapitalistischer und militaristischer Diktatoren. Der kommende Wahlkampf muß diese Politiker des Unheils schlagen.

Zur Rettung Deutschlands, zur Rettung des europäischen Friedens, zur Rettung der deutschen Volksrechte, zur Rettung der deutschen Sozialpolitik, zum Niederringen der sozialen Reaktion und für ein freies sozialistisches Deutschland tritt nun die Sozialdemokratie zu einem Wahlkampf unerhörten Ursprungs und unerhörten Ausmaßes an. Wir sind nicht zu zerstreuen, wir sind nicht zu entmutigen. In eiserner Treue bleibt die Eiserner Front geschlossen und löst zum Angriff vor. Die Zukunft Deutschlands verlangt die Niederlage der Nationalsozialisten, verlangt die Einigung der sozialistischen Arbeitervolks durch den Sieg der Sozialdemokratie.

Die Faust empor! Das ganze deutsche Arbeitervolk einig in dem Rufe und in dem Willen: Freiheit! —

## 1 Jahr 7 Monate Zuchthaus!

Die Marschner-Kammer des Sondergerichts Berlin verurteilte am Montag den 40 Jahre alten Arbeiter Wilhelm Rohde zu einem Jahr sieben Monaten Zuchthaus.

Rohde bekannte sich nicht schuldig. Sein Antrag auf Stellung eines Offizialverteidigers war abgelehnt worden! Ebenso hatte das Gericht die von dem Angeklagten beantragte Ladung des Hauptzeugen abgelehnt!

Der Hauptzeuge, den das Gericht nicht befragte, ist ein Stahlhelmer. Rohde soll am Stahlhelmtag diesen nicht einmal namentlich ermittelten Stahlhelmer in Tatgemeinschaft mit andern Personen verlockt, niedergezissen und bedroht haben. Er war von Polizeibeamten zwar aus der Menge, die hier Landfriedensbruch beging, herausgeholt worden, behauptete aber seinerseits, daß er ohne seinen Willen in den Straßwall hineingeraten und über den am Boden liegenden Stahlhelmmann gestolpert wäre.

Er sei auf der Straße gewesen, um Brot und Zigaretten zu kaufen. Allerdings habe er — was ihm die Anklage gleichfalls vorwirft — auf der Polizei geschimpft, aber erst, nachdem ihm dort gesagt worden wäre: „Zehn Jahre Zuchthaus sind dir sicher, vielleicht sogar die Todesstrafe!“ Als Zeugen waren drei Polizeibeamte geladen; nur einer von ihnen belastete den Angeklagten wesentlich. —

## Frankreichs Antwortnote

Die Antwort der französischen Regierung auf das deutsche Militär-Memorandum ist am Montagabend veröffentlicht worden. Frankreich lehnt darin jede deutsche Aufrüstung grundsätzlich ab und erklärt, daß die Entscheidung über die Pläne der Regierung Papen allein beim Völkerverbund liege.



# **Volksstimme**

---

**Magdeburg, 15. März 1933**

---

**Der Regierungspräsident.**

**Magdeburg, den 14. März 1933.**

**I. S. Nr. 395 P.**

**Zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung verbiete ich auf Grund des § 41 des Polizeiverwaltungsgesetzes vom 1. Juni 1931 in Verbindung mit § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 (RGBl. I S. 83) das Erscheinen**

**der Tageszeitung „Volksstimme“**

**auf die Dauer von zwei Wochen, und zwar vom 15. bis einschließlich 29. März 1933.**

**Dieses Verbot umfaßt sämtliche Kopfblätter sowie jede angeblich neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt oder als ihr Ersatz anzusehen ist.**

**Zuwiderhandlungen gegen dieses Verbot werden nach § 4 der oben genannten Verordnung bestraft.**

**Unterschrift.**

**An  
den Zeitungsverlag W. Pfannkuch & Co.  
in  
Magdeburg,  
Große Münzstraße.**